



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

### **des Europaausschusses**

#### **Eine europäische Nordsee-Strategie unterstützen**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/1072

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1175

Der Europaausschuss hat die ihm durch Plenarbeschluss vom 27. Januar 2011 überwiesenen Anträge in mehreren Sitzungen, zuletzt in seiner Sitzung am 11. Januar 2012 beraten und empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW sowohl den Antrag der Fraktion der SPD betr. Eine europäische Nordsee-Strategie unterstützen, Drucksache 17/1072, als auch den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1175, zur Ablehnung.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE bei Enthaltung der Stimme der Fraktion des SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP in der unten stehenden Fassung zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die Bemühungen für eine Makroregionale Strategie oder Meeresbeckenstrategie für den Nordseeraum auf europäischer Ebene und stellt fest, dass vor einer Implementierung einer solchen Strategie zahlreiche Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

Der Landtag befürwortet daher, dass die Europäische Kommission mit einem Unterstützungsprogramm zur Umsetzung der auf einzelne Meeresregionen zugeschnittenen Strategien beitragen will. Makroregionale Strategien oder Meeresbeckenstrategien ermöglichen es, durch gezielten Mitteleinsatz Lö-

sungen für regionale Herausforderungen zu finden. Sie sollen eng mit den Anforderungen und der Umsetzung der EG-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie verknüpft werden.

Die EU-Finanzierung der Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik bis zum Ende der finanziellen Vorausschau im Jahr 2013 wird begrüßt. Für den Haushaltszeitraum ab 2014 muss die integrierte Meerespolitik angemessen Berücksichtigung finden.

Der Landtag stellt fest, dass die maritime Raumplanung ein wichtiges Instrument der integrierten europäischen Meerespolitik darstellt. Dieses Instrument muss weiterentwickelt werden und verstärkt Anwendung finden. Dabei muss das Prinzip der Subsidiarität beachtet werden.

Diese Strategie soll dazu beitragen, dass drängende gemeinsame Probleme und Herausforderungen, die nicht von den einzelnen Regionen und Mitgliedstaaten allein gelöst werden können, grenzüberschreitend beraten und gelöst werden. Dazu gehören insbesondere

- die ökologische Belastung der Nordsee und der Erhalt des Ökosystems sowie die intensive Nutzung des Raums und seiner natürlichen Ressourcen durch Fischfang, Öl- und Gasförderung, Windenergie und Schifffahrt,
- die ökonomische Bedeutung der Nordsee und der Strukturwandel in Fischerei und Schiffsbau, die Sicherheit auf See und die Schaffung grenzüberschreitender Infrastrukturen sowie der Tourismus,
- die Bedeutung des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer für die Tourismusdestination an der Nordsee und daraus abgeleitet die Nutzung vorhandener Chancen und Potenziale einer multilateralen Zusammenarbeit zu einer qualitativen Verbesserung des Tourismus unter den Aspekten der Nachhaltigkeit (ökonomischer, ökologischer und soziokultureller Gleichklang),
- die grenzüberschreitende Bedeutung von Bildung, Forschung und Wissenschaft, die Anerkennung von Bildungsabschlüssen, die Erforschung und Nutzung neuer Technologien wie Offshore, blaue Biotechnologie und Marikulturen sowie die kulturelle Zusammenarbeit zur Stärkung der gemeinsamen Identität.

Der Landtag unterstützt die Förderung konkreter Leitprojekte zur Entwicklung und Demonstration europäischer maritimer Kompetenzen, wie etwa „European Clean Shipping“. Kompetenzen in den Bereichen Schiffssicherheit, Energie-Effizienz, Emissionsreduzierung, alternative Schiffsantriebe, Offshore Energie, Medizin oder Kosmetik stärken auch die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft Europas. Die Intensivierung von Maßnahmen zur Verbesserung der anwendungsbezogenen Forschung und Innovation ist dazu zwingend erforderlich.

Der Landtag begrüßt die EU-Initiative zur Schaffung eines stärker „Integrierten Meereswissens-Netzwerks“. Die Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaftsgemeinschaften muss gefördert werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt weiterhin die europäischen Bemühungen zur Weiterentwicklung des Integrierten Küstenzonenmanagement. Schleswig-Holstein ist hier besonders kompetent und kann Erfahrungen an andere Regionen weitergeben.

In die Erarbeitung und Umsetzung der Strategie sollen alle politischen Ebenen der Anrainerstaaten sowie Nichtregierungsorganisationen eingebunden werden. Zur Vorbereitung dieser Diskussion sollen Landesregierung und Landesparlament die Schwerpunkte Schleswig-Holsteins in der Nordseekooperation diskutieren und benennen.“

Bernd Voß  
Vorsitzender